

LOKALAUSGABEN

Filder-Zeitung

Leser-Service

Anzeigen-Service

"Ich sehe in der fehlenden Planfeststellung eine Chance"

Artikel aus der Filder-Zeitung vom 05.01.2011

Leinfelden-Echterdingen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold will mehr Elemente der direkten Demokratie. Von Kai Holoch

 [Versenden](#)  [Drucken](#) [Lesezeichen](#) [Empfehlen](#)

Wir dürfen die Menschen in Leinfelden-Echterdingen nicht hängen lassen." Natürlich hat Rainer Arnold beim Bahnprojekt Stuttgart 21 zunächst die Sorgen seiner direkten Wähler im Hinterkopf. Aber beim Jahresauftaktgespräch schlägt der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Nürtingen/Filder einen deutlich weiteren Bogen. Denn die Tatsache, dass es für den Streckenabschnitt zwischen der Rohrer Höhe und dem Flughafen bisher noch keine bindende Streckenführung gebe, sei begrüßenswert: "Ich sehe in der fehlenden Planfeststellung eine Chance."

Dabei gehe es primär zwar darum, die beste Lösung für die Menschen in der ohnehin lärmgeplagten Stadt zu suchen. Zumindest müsse man dafür sorgen, dass die Bahn verpflichtet werde, einen vernünftigen Lärmschutz für die Bürger von Leinfelden-Echterdingen zu schaffen.

Die Verantwortlichen sollten aber die Chance vor allem nutzen, um im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens einmal exemplarisch aufzuzeigen, welche Mitwirkungsmöglichkeiten die betroffenen Menschen schon heute haben. Zu oft seien in der Vergangenheit Entscheidungen zwar juristisch und politisch einwandfrei, aber letztlich ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung getroffen und zudem mit der Brechstange durchgesetzt worden. Die Beteiligungsmöglichkeiten gehen Arnold noch nicht weit genug. Die bisherigen Verfahren seien zu sehr "verrechtlicht", überaus komplex und deshalb für Laien nur schwer zu durchschauen. Deshalb werde er sich dafür einsetzen, "zusätzliche Module der direkten Politik einzuführen".

Ein weiteres Thema, dass den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt, sind die Konsequenzen aus der Aussetzung der Wehrpflicht. An der grundsätzlichen Entscheidung des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), zumindest vorübergehend auf die Wehrpflicht zu verzichten, habe er nichts auszusetzen, sagt Arnold. Schließlich habe er selber dafür gesorgt, dass die SPD vor drei Jahren genau diesen Weg vorgeschlagen habe. Damals habe die SPD dafür allerdings von den Medien heftige Prügel bezogen. Dennoch halte er den nun eingeschlagenen Weg immer noch für "absolut richtig und zwingend".

Allerdings habe die Regierung im Vorfeld viel zu wenig über die Konsequenzen für den sozialen Bereich nachgedacht. "Es muss doch ein Ziel sein, die sozialen Dienste zu stärken und bei den Menschen Anreize zu schaffen, sich sozial zu engagieren", sagt Arnold. Aber eine begleitende Initiative fehle. Deswegen mache er sich große Sorgen um die Zivildienstleistenden.

Die Schubert-Werkstätten in Leinfelden-Echterdingen etwa seien auf ihre 40 Zivis angewiesen. Deren Arbeit zu professionalisieren, sei weder finanzierbar noch eine Verbesserung für die Betroffenen. Zwar könne man Fahrdienste durch Taxis ersetzen. Aber letztlich blieben die Kosten am Landkreis hängen. Dem werde nichts anderes übrig bleiben, als die Menschen in Heime zu drängen. Das sei mit dem Gedanken eines selbstbestimmt geführten Lebens der Behinderten nicht vereinbar.

Mehr Filder-Zeitung

[Von Nebraska über Salt Lake City nach Vaihingen](#)

[Schirme und andere Glücksbringer](#)

[Die Beteiligung am Entscheidungsprozess soll fest verankert werden](#)

[Public Viewing bereitet Vereinen Bauchweh](#)

[Favorit ist diesmal der große Ortsnachbar](#)

["Eklatanter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz"](#)

[Auch auf den Fildern ist Westerwelle umstritten](#)

